



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher** und **Fraktion (SPD)**

### **Probeunterricht absagen – Eltern sollen über Schullaufbahn entscheiden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in diesem Schuljahr den Eltern – nach einer Beratung durch die Lehrkraft und auf der Basis des Übertrittszeugnisses – die Entscheidung zu überlassen, auf welche Schule ihre Kinder nach der 4. Klasse gehen sollen und den Probeunterricht abzusagen.

### **Begründung:**

Die Staatsregierung hatte angekündigt, dass keinem Schüler und keiner Schülerin durch die besonderen Bedingungen der Corona-Pandemie Nachteile entstehen. Ausgerechnet bei den Jüngsten besteht die Staatsregierung aber auf dem Probeunterricht, der über den Wechsel zu einer weiterführenden Schule für all diejenigen entscheidet, die aus den bis zum 13.03.2020 erhobenen Noten nicht den nötigen Durchschnitt von 2,66 oder 2,33 erreichen konnten. Die eigentlich angekündigten freiwilligen Proben mussten abgesagt werden, weil die vierten Klassen erst seit 11.05.2020 zur Schule gehen konnten. Auf dem diesjährigen Probeunterricht lastet ein enormer Druck, weil sich die neun- und zehnjährigen Schülerinnen und Schüler nur ein paar Tage darauf vorbereiten können. Das trifft vor allem diejenigen hart, die auf die Unterstützung ihrer Lehrkräfte angewiesen sind und die im Homeschooling nicht optimal arbeiten konnten. Die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes sagt dazu: „Zehnjährige, die zwei Monate keinen Unterricht hatten, sollen jetzt in zwei Wochen auf eine harte und ihre weitere Schullaufbahn entscheidende Prüfung getrimmt werden, bevor sie sich dann diesem Auswahlverfahren an einer für sie völlig fremden Schule in einer fremden Umgebung stellen müssen.“ Diese u. E. unsensible und unpädagogische Regelung führt dazu, dass gerade die Jüngsten unfair behandelt werden. Deshalb sollte der Probeunterricht abgesagt werden und den Eltern – wie in fast allen anderen Bundesländern auch – die Entscheidung über die Schullaufbahn übertragen werden.